

Damit sind wir bei einer weiteren entscheidenden Frage, nämlich der, warum bei einer Welt voll Nahrung die Mehrheit der Menschen unterernährt ist und hungert. Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns das gesamte globale kapitalistische Wirtschaftssystem ansehen, in dem Nahrung nur als Ware produziert, verarbeitet und gehandelt wird.

MARIA MIES

FRAUEN, NAHRUNG & GLOBALER HANDEL

EINE ÖKOFEMINISTISCHE ANALYSE ZUM
WELTERNÄHRUNGSGIPFEL 1996

1996

ANARCHAFEMINISMUS BIBLIOTHEK

In diese Sammlung wird vorrangig das aufgenommen, was aus den Archiven eines radikalen Feminismus recht selektiv ausgegraben wurde und was weniger eine „anarchafeministische“ oder anarchistische Diskussion wiederspiegelt, sondern das von dem ich – und vielleicht auch die eine oder andere gelegentlich zu dieser Sammlung beitragende Person – mir vielmehr erhoffe, dass es eine solche Diskussion, also eine spezifisch anarchistische Diskussion rund um Patriarchat inspirieren möge.

*Diesen und viele weitere Texte findest du auch digital unter
anarchafeminismus.noblogs.org
Login: anarchafeminismuslesen
Zugangsdaten: R7MCea1BsNHk*

*Kontakt ist und bleibt weiterhin:
anarchafeminismus-bibliothek@riseup.net*

1. Nahrungssicherheit

„Ernährungssicherheit“ soll sowohl auf der Ebene des Individuums, als auch

des Haushalts, der Nationen und global erreicht werden. Sie wird gemessen in Kalorien pro Kopf pro Tag. Während den Menschen in den 21 reichsten Ländern des Nordens pro Kopf/pro Tag mehr als 3400 Kalorien zur Verfügung stehen, müssen sich die Menschen in 86 Ländern des Südens mit 2300 Kalorien pro Tag begnügen. Diese Zahl gilt als Meßlatte für „Ernährungssicherheit“, bzw. chronische Unterernährung. Am schlimmsten ist die Situation in Afrika südlich der Sahara, wo die tägliche Kalorienmenge pro Person nur 1300 beträgt.

Insgesamt jedoch ist das Angebot an Nahrung von 1961 bis 1992 weltweit gestiegen. Das gilt für die 21 reichen Länder des Nordens, wie für viele arme Länder des Südens, allerdings wieder mit Ausnahme von Afrika südlich der Sahara, wo der Kalorienunterschied zwischen „gut genährten“ Ländern und „unterernährten Ländern“ 1961 900 Kalorien ausmachte, 1992 betrug er bereits 1400 Kalorien. (WFS 96 Tech/7)

Die FAO sieht es als Ziel des WEG an, diese Kluft zwischen den reichen und armen Ländern in bezug auf Ernährung zu schließen und weltweit bis zum Jahr 2010 2700 Kalorien pro Person pro Tag (pc/pd) zu erreichen. Ein richtiges Ziel, so scheint es, bedenkt man, daß zur Zeit 800 Millionen Menschen unter chronischer Unterernährung und/oder Hunger leiden.

(...)

Als Hauptursache für wachsende Nahrungsunsicherheit in den armen Ländern wird das Bevölkerungswachstum angegeben, mit dem die Nahrungsproduktion bis zum Jahr 2010 nicht Schritt halten könnte.

Die Bevölkerungszunahme wird seit längerer Zeit bei allen großen UN-Konferenzen angeführt, um die Ursache für die jeweiligen Weltprobleme zu benennen: für Armut, die ökologischen, klimatischen, Wohnungs- und Gesundheitsprobleme. Dabei wird in den FAO-Papieren zugegeben, daß die malthusianische Logik, daß die Nahrungsproduktion langsamer steige als das Bevölkerungswachstum, so nicht stimmt. Denn die Wachstumsrate der Bevölkerung ist weltweit zurückgegangen, auch in vielen Entwicklungsländern. 1965 – 70 war sie 2,1%, heute ist sie 1,6% und wird weiter sinken. Die FAO rechnet, daß sie im Jahr 2020-25 bei 1,0% liegen wird. Dennoch hungern – trotz gestiegener Nahrungsproduktion und/oder gestiegenem Nahrungsexport zunehmend Menschen im Süden. Hier gibt die FAO zu, daß dies vor allem am Mangel zahlungsfähiger Nachfrage nach Nahrung, nicht aber am Nichtvorhandensein von Nahrung liegt.

Das heißt: es ist genügend Nahrung vorhanden, auch für die Zukunft, aber das Einkommen vieler Menschen im Süden ist zu gering, um sie kaufen zu können. (WFS 96/Tech 1 S. 8)

Damit sind wir bei einer weiteren entscheidenden Frage, nämlich der, warum bei einer Welt voll Nahrung die Mehrheit der Menschen unterernährt ist und hungert. Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns das gesamte globale kapitalistische Wirtschaftssystem ansehen, in dem Nahrung nur als Ware produziert, verarbeitet und gehandelt wird. Dieses Wirtschaftssystem, insbesondere seine neoliberalen Grundlagen und Prinzipien, werden in den FAO-Papieren jedoch nicht genannt, geschweige denn kritisiert. Im Gegenteil: Liberalisierung des weltweiten Agrar- und Nahrungshandels wird als wichtigstes Mittel zur Herstellung von Nahrungssicherheit für alle gepriesen. Der Weg zu diesem Ziel wird als linearer, evolutionärer Prozeß angesehen, in dem die armen Länder durch „nachholende Entwicklung“ und globalen Freihandel den Status der Nahrungssituation und den Lebensstil der reichen Länder erreichen werden, wobei dieser Lebensstil nicht hinterfragt wird in bezug auf die ökologischen, sozialen, kulturellen Kosten, die er verursacht.

(...)

2. Frauen, seit eh und je die Garantinnen für Nahrungssicherheit

Die Frauenpolitik der FAO, wie sie in den Vorbereitungspapieren zum WEG ausgedrückt ist, beschränkt sich hauptsächlich auf „equal participation of women in decision making processes“ – also gleiche Teilnahme von Frauen an allen Entscheidungsprozessen.

Eine solche Gleichstellungspolitik ignoriert und verdunkelt die Tatsache, daß Frauen seit Urzeiten die wichtigsten Garantinnen für Nahrungssicherheit sind. Sie sind die Nahrung für alle in ihrem Körper heranwachsenden Menschenkinder, und wenn diese geboren sind, produzieren sie die erste Nahrung für sie. Diese Tatsache wird freilich zur Zeit verdrängt und verdunkelt dadurch, daß der Zusammenhang zwischen Gebären und Nähren durch die moderne Reproduktions- und Baby-Nahrungsindustrie zerrissen und den Frauen aus der Hand genommen wird. Das bedeutet, daß die kostenlose erste Nahrung, die jede gesunde Frau selbst für ihr Baby produziert, entwertet und durch eine teure Handelsware ersetzt wird. Das Motto: Von der Subsistenz zum Markt! (...)

Doch auch im bezug auf die Beschaffung des „täglichen Brotes“ haben Frauen seit frühesten Zeiten bis heute dafür gesorgt, daß ihre Familien und Ge-

S. 25). In Asien wird sie von einem Zusammenschluss lokaler Graswurzelbewegungen angestrebt, die sich „People's Planning for the 21st Century“ nennen.

In Europa müßten Frauen und Männer weit aktiver als bisher dagegen kämpfen, daß ihr Grundrecht auf Nahrungssicherheit und Nahrungssouveränität nicht durch Agrar-Multis, durch die Gentechnik und eine nicht mehr demokratisch zu kontrollierende Eurokratie ausgehöhlt wird. Die Frage der Nahrungssicherheit berührt die Grundlagen der Demokratie. Daher müssen wir fordern: kein Essen aus dem Gen-Labor, kein Patent auf Leben, Nein zur Novel-Food Verordnung, Nahrungssicherheit muß in der Hand von lokalen Bauern, Frauen und ihren Gemeinschaften bleiben, wir werden Widerstand leisten gegen die, die uns zwingen wollen, mit Methoden und Techniken zu produzieren und zu konsumieren, die uns selbst und die Natur zerstören.

Dieser Text wurde von Maria Mies zum Welternährungsgipfel im November 1996 in Rom geschrieben. Die Redaktion hat ihn gekürzt. Der vollständige Text mit Literaturangaben ist über das Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz e.V., Am Zwinger 16, 33602 Bielefeld zu beziehen.

Entnommen aus der Sondernummer Feminismus II des Schwarzen Fadens 1997

meinden stets etwas zu essen haben. Entgegen dem Mythos vom Mann als Jäger, Ernährer und Brotverdiener ist nachgewiesen, daß in früheren und in heutigen Sammler- und Jägergesellschaften bis zu 80% der täglichen Nahrung aus der Tätigkeit der Frauen stammte und daß die Männer nur einen geringen Beitrag zum täglichen Brot leisteten (vgl. Mies 1996 a) S. 73-74).

Doch selbst heute hängt die Nahrungssicherheit für die meisten Menschen mehr von der Arbeit der Frauen als der der Männer ab. In Afrika verrichten Frauen 80% der landwirtschaftlichen und anderen Subsistenzarbeit, die der direkten Selbstversorgung dient. Die Männer arbeiten bevorzugt in export- und marktbezogenen Bereichen. Auch in Asien ist der Anteil der Frauenarbeit an der direkten Nahrungsproduktion sehr hoch. Er soll 50 – 60 % betragen, in Lateinamerika soll er 40% sein (vgl. auch Lanje 1995).

Hier sind alle jene Tätigkeiten noch nicht mitgerechnet, die der Nahrungsbearbeitung und -zubereitung dienen, die also zwischen Feld und Haushalt liegen. Auch diese Arbeiten sind in den Entwicklungsländern hauptsächlich Frauenarbeiten; sie werden heute oft dem sog. „informellen Sektor“ zugerechnet, wo keine vertraglich geschützte Lohnarbeit existiert.

Zur Nahrungssicherheit gehört m.E. jedoch nicht nur die Produktion von ausreichenden Quantitäten landwirtschaftlicher Rohstoffe, die dann von gigantischen Agrar- und Nahrungskonzernen zu Industrienahrung verarbeitet und vermarktet werden, sondern auch die Konsumarbeit der Hausfrauen in den Industrieländern, die nach wie vor dafür verantwortlich sind, daß aus diesen industriell und synthetisch hergestellten Supermarkt-Waren Lebensmittel im wahrsten Sinn für ihre Familien werden. Diese Transformationsarbeit ist für eine gesunde, menschliche Ernährung absolut notwendig, denn Handelswaren in ihrem Rohzustand sind ungenießbar. Sie müssen „vermenschlicht“ werden durch die Liebe, die Sorgfalt, die Vorsorge, die Beziehungsarbeit, das kulturelle Wissen um Traditionen, Feste, Zeiten usw., mit dem die Hausfrau die Essens-Waren auswählt, auspackt, den Müll beseitigt, das Essen zubereitet und auf den Tisch bringt. Wenn wir uns diese Tätigkeiten und ihre tieferen Bedeutungen vor Augen führen, stellen wir bald fest, daß Essen wir mehr ist als die bloße Zuschauerei von Kalorien, daß Nahrung eine ganze Kultur bedeutet, daß Frauen hauptsächlich für die Erhaltung und Wiederherstellung dieser Kultur zuständig sind – und letztlich, daß Nahrungssicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann, wenn diese Kultur durch die moderne homogenisierte, globalisierte Industrienahrung zerstört wird.

Dieser ganze Bereich der materiellen und immateriellen Frauenarbeit bei der Herstellung, Verarbeitung, Verteilung und Zubereitung von Nahrung und somit der Nahrungssicherheit, kommt in den FAO-Analysen so gut wie nicht vor. Frauenarbeit generell und Hausarbeit insbesondere wird in der patriarchalisch

kapitalistischen Gesellschaft unsichtbar gemacht, entwertet und marginalisiert. Sie ist unbezahlt und kommt im Bruttosozialprodukt (BSP) nicht vor. Gezählt wird im BSP nur die Lohnarbeit, die verausgabt wird, um Waren zu produzieren und zu vermarkten, wodurch die Akkumulation von Kapital oder das Wirtschaftswachstum gefördert wird. Es entspricht dieser Wachstumslogik, daß Naturzerstörung, z.B. durch Kriege und ökologische Katastrophen – etwa die Ölverschmutzung durch Exxon Valdez – das BSP steigern und die damit zusammenhängende Arbeit als „produktiv“ und wertvoll gilt, nicht aber die Hausarbeit und die Sorge der Frauen für die Nahrung (vgl. Waring 1989).

Diese Unsichtbarmachung der Frauenarbeit bei der Nahrungssicherung ist aber nicht das Resultat irgendeines männlichen Sexismus sondern eine strukturelle Notwendigkeit einer auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Wirtschaft. Hausarbeit als Modell der modernen Frauenarbeit wird nicht als Arbeit definiert sondern gilt als Ausdruck der weiblichen Anatomie und „Liebe“. Sie ist zeitlich unbegrenzt, scheint in Fülle vorhanden, wie Luft und Sonne, gilt den Ökonomen als „freies Gut“, oder als Naturressource, das Mann und Kapitalisten sich einfach aneignen können. Diese unbezahlte und unbezahlbare „Arbeit aus Liebe“ ist, zusammen mit der Subsistenzarbeit der Bauern nach feministischer Analyse das eigentliche Geheimnis der fortgesetzten Akkumulation von Kapital (Dalla Costa 1973; Bock u. Duden 1976; Bennholdt Thomsen 1992; Mies 1982; v. Werlhof 1992). Dies ist m.E. auch der tiefere Grund, warum die Frauen und ihr Beitrag zur Nahrungssicherung in den FAO-Papieren nicht wirklich ernst genommen werden. (...) Denn bei genauerem Hinsehen geht es bei dem WEG der FAO nur vordergründig um universale Nahrungssicherung bis zum Jahr 2010. Das eigentliche Ziel scheint zu sein, die Nahrungsproduktion, -verarbeitung und -vermarktung aus der Hand der lokalen Bauern und vor allem der Frauen zu nehmen und unter die Kontrolle transnational operierender Konzerne wie Nestlè, Cargill, Monsanto, Unilever, Pepsi, usw. zu bringen, die dann einen globalen Markt mit Nahrung versorgen.

Bis vor kurzem waren es noch die nationalen Regierungen im Süden, die Verantwortung dafür hatten, daß die Bevölkerung Zugang zu erschwinglicher Nahrung hatte. Ziel der meisten Regierungen war „self-sufficiency in food“ also Selbstversorgung, was die Grundnahrung betrifft. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchten sie die Mitwirkung der eigenen Bauern. Im Entwurf für den Weltaktionsplan, der auf dem WEG abgestimmt werden soll, ist dies Ziel der Self-Sufficiency jedoch aufgegeben und ersetzt worden durch die Liberalisierung und Globalisierung des Agrar- und Nahrungsmarktes. Die letzten Nischen von Subsistenzproduktion in marginalen Regionen sollen in den internationalen Markt integriert werden. Die FAO übernimmt unkritisch das Paradigma des liberalisierten und globalisierten Agrar- und Nahrungsmittelmarktes. Die Frage stellt sich,

Wenn Männer im Norden, die sich noch ein Stück gesunden Menschenverstand und Zivilcourage bewahrt haben, eine solche Entwicklung nicht wollen, müssen sie eine Bewegung gegen diese Ramboisierung starten und mit den Frauen gegen das natur- und menschenverachtende Wirtschaftssystem kämpfen.

Der „urban bias“ – also die Tendenz zur Urbanisierung und die Landflucht muß gestoppt und umgekehrt werden.

Eine Zusammenführung von Produktion und Konsum geschieht gerade nicht durch die Globalisierungs- und Liberalisierungspolitik, sondern nur dann, wenn Arbeit auf dem Land und in der unmittelbaren Nahrungsproduktion wieder ökonomisch und vor allem kulturell aufgewertet wird. Das setzt voraus, daß die städtischen KonsumentInnen die Nahrungsproduktion und Verarbeitung wieder als Teil ihrer regionalen oder lokalen Kultur d.h. als wertvoll begreifen, die sie sich nicht wegnehmen lassen. Nahrung ist eben mehr als Kalorienzufuhr; sie strukturiert das gesamte gesellschaftliche, kulturelle, spirituelle Leben.

In einer Zeit, in der die Spaltung zwischen Natur und Kultur, Materie und Geist schärfer ist als je zuvor, wo die Maschinen, auch die biologischen Maschinen, die Menschen erfunden haben, höher geschätzt werden als unser lebender Zusammenhang mit der organischen Natur um uns, erscheint Nahrung als Ware wie eine wertlose Nebensache. Ihr Preis ist immer stärker gesunken und wir beginnen zu vergessen, daß man von „virtuellem Essen“ nicht leben kann. Diese Entwertung alles organisch Kreatürlichen, und aller Arbeit, die damit zusammenhängt, also der Landarbeit und Frauenarbeit und die Hochschätzung aller Handelswaren und der Städte als Orte der „Kultur“, ist u.a. auch ein Grund für Landflucht und den „urban bias“, den die FAO feststellt aber nicht umzukehren sucht.

Um diesen Trend umzukehren müssen zunächst einmal gerechte Preise für Nahrungsmittel von den lokalen Gemeinschaften ausgehandelt werden. Und dann ist dringend erforderlich, daß überall über einen anderen als den herrschenden Arbeitsbegriff nachgedacht wird, der sich nur auf die Lohnarbeit bezieht (Bennholdt-Thomsen, 1996 b). (...)

Wenn die gewählten Vertreter des Volkes die Nahrungssicherheit des Volkes nicht mehr schützen können – wie es vor unseren Augen als Folge der Globalisierung geschieht, wenn sie nur noch die Interessen der großen Kapitalgesellschaften schützen, dann ist es Zeit, im Süden und im Norden über andere Formen der direkten demokratischen Kontrolle durch die Menschen selbst nachzudenken.

In Indien nennt man das in der Nachfolge Gandhis, „People's oder Grassroots' Democracy“ (Mohanty 1996) auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene, eine partizipatorische, direkte und pluralistische Demokratie (BIJA Nr 15-16 1996

In ähnlicher Weise funktioniert auch der Markt der Frauen in der Stadt Ju-chitan in Mexiko, den Veronika Bennholdt-Thomsen und ihrer Mitarbeiterinnen erforscht haben (Bennholdt-Thomsen 1994). Diese Marktfrauen tragen durch ihre Subsistenzmärkte in zentraler Weise zur Nahrungssicherung ganzer Länder und Regionen bei. Und doch gelten sie den modernen Ökonomen als rückständig und höchstens für Touristen als interessant. Der globalisierte Markt stellt eine direkte Bedrohung dieser Märkte dar. (...)

Solche in bezug auf ihre Grundnahrung mehr oder weniger autonomen und subsistenden Wirtschaftsräume verlangen auf Dauer eine andere als die heutige geschlechtliche Arbeitsteilung.

Eine Wirtschaft, in der die Frauen zwar dafür sorgen, daß auch im Krieg und in Krisenzeiten immer was auf dem Tisch ist, die Männer aber weiter ihren technischen Kriegs- und Machtspielchen nachgehen und an einem aggressiven und expansiven Wirtschaftsmodell ewigen Wachstums festhalten, ist nicht geeignet Nahrungssicherheit für alle in einer Region lebenden herzustellen. Männer müssen sich zu gleichen Teilen an der unbezahlten und bezahlten Arbeit zur Sicherung der Subsistenz, zur Erhaltung und Regeneration des Lebens beteiligen. Dazu ist freilich erforderlich, daß Männer sich aktiv gegen eine immer brutaler auftretende „Ramboisierung“ (Mies, 1994) des Männerbildes wehren.

Die Globalisierung bewirkt nicht nur eine zunehmende Marginalisierung und Verarmung von Frauen weltweit, sondern höhlt auch die bisherige Identität des Weißen Mannes in den reichen Ländern des Nordens aus, das Bild des leistungsfähigen, mit neuester Technologie ausgetatteten, unaufhaltsam fortschreitenden und alle Frauen und schwarzen/braunen/gelben Männer überholenden Lohn- und Facharbeiter, des „Ernährers“ von Frauen und Kindern. Die Abwanderung des Kapitals in Billiglohnländer „hausfrauisiert“ nicht nur Frauen sondern auch Männer (v. Werlhof 1983). Der Zusammenbruch dieses Männerbildes wird von der Industrie und den Medien nun nicht dadurch beantwortet, daß Mann die pflegenden, versorgenden, erhaltenden Werte, die den Frauen als Hausfrauen bislang zugeschrieben wurden, nun auch den Männern anempfiehlt. Im Gegenteil, dem Mann, der erwerbslos geworden ist, sich sinn- und nutzlos fühlt, sich u.U. von einer Frau „ernähren“ lassen muß, total desorientiert ist, wird eine Kalaschnikow in die Hand gedrückt, ihm werden „Brot und Spiele“ vorgesetzt, und schon fühlt er sich wieder als „Mann“ und Held. Diese Ramboisierung der Männer ist m.E. nicht nur ein Grund für die zunehmende Bereitschaft, Kriege wieder als normal anzusehen. Auch die neuen Bürgerkriege in vielen Ländern, die wie die FAO feststellt, die Nahrungssicherheit zusätzlich zerstören, werden nicht zuletzt durch diese Ramboisierung von Männern, deren Zukunftsperspektiven und bisherige Identität zerbrochen ist, angeheizt.

ob Nahrungssicherheit für alle, innerhalb dieses Rahmens überhaupt zu realisieren ist. Wie ist es zu dieser neuen Politik gekommen?

3. Globalisierung und Liberalisierung des Weltagrar- und Nahrungshandels

Die historische Übersicht über die Entwicklung der globalen Agrar- und Nahrungspolitik zeigt einen deutlichen Wandel in der Strategie zur Erreichung von Nahrungssicherheit auf. Während in den 60er Jahren die meisten Länder des Südens noch eine Politik der Selbstversorgung in bezug auf Nahrung verfolgten – die Selbstversorgungsrate bei Getreide betrug noch 96% – fand in den 70er Jahren ein massiver Getreideimport aus Nordamerika in viele Länder Asiens und Afrikas statt. Vor allem die USA suchten so ihre Getreideüberschüsse, die sie durch hohen Einsatz von Chemie und Erdöl erwirtschaftet hatten, profitabel abzusetzen. Zwischen 1969-71 verdreifachten sich die Getreideimporte der Entwicklungsländer und ihre Selbstversorgungsrate sank bis 1981 auf 91%. Zunehmend wurden die Entwicklungsländer zu Netto-Importeuren von Getreide aus den USA, Australien und aus Europa, die auf diese Weise einen Markt für ihre industrialisierte und kapitalintensive Landwirtschaft schufen. Für die Entwicklungsländer brachte diese Importpolitik zwar kurzfristig eine Lösung bei Versorgungsproblemen, führte aber auch dazu, daß die einheimischen Kleinbauern nicht mehr mit dem billigen Importgetreide konkurrieren konnten, die Landwirtschaft aufgeben und das Land verlassen mußten. Dieses Dumping von Getreideüberschüssen aus den USA und Europa hat vor allem Millionen von Bauernexistenzen ruiniert. (Engels 1995, S. 213)

Zum anderen führte diese Politik, zusammen mit dem Import teurer Technologie im Rahmen der „Grünen Revolution“ zu einem stets wachsenden Schuldenberg, den die meisten Länder des Südens bis heute nicht abgetragen haben. Viele dieser Länder wandten sich in ihrer Not an die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese jedoch verordneten ihnen als Medizin die berühmt berüchtigten Strukturanzapfungsprogramme (SAPs), um die Wirtschaft dieser Länder wieder zu sanieren. Sprich: für den globalen, kapitalistischen Markt zu öffnen. Zu diesen SAPs gehört u.a. eine Entwertung der Währung, der Abbau staatlicher Subventionen für die Landwirtschaft, im Sozialbereich, vor allem für Gesundheitsvorsorge, billige Nahrung, Bildungsmaßnahmen, die vor allem arme Frauen treffen. Gleichzeitig wurden die Regierungen unter Druck gesetzt, jede Art von Protektionismus aufzugeben und ihre Wirtschaften zu öffnen für das freie Schalten und Walten multinationaler Konzerne.

Das bedeutete und bedeutet für zahllose Kleinindustrien – wie etwa in Indien die Handweber, die bislang vor internationaler Konkurrenz geschützt waren, den Ruin. Ferner bedeuten die Konditionalitäten der SAPs, daß der Staat sich zunehmend aus der Wirtschaft zurückzieht, Staatsbetriebe privatisiert und allgemein die Markt- und Exportorientierung und die Liberalisierung des Handels fördert.

In Indien faßt man die Quintessenz dieser New Economic Policy unter dem Kürzel GLP (Globalisation, Liberalisation, Privatisation) zusammen. Besonders nach dem Zusammenbruch der staatlichen Kommandowirtschaft wird dieser Thatcherismus und GLP weltweit als die einzige mögliche Wirtschaftsweise zur Lösung aller Probleme propagiert.

3.1 GATT, WTO

1986 wurde diese Politik der Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung durch die Staaten, die das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) – also das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen unterschrieben hatten, in der sogenannten Uruguay Runde weltweit auch auf den Agrarsektor ausgedehnt. Bislang war der Agrarhandel von der Freihandelspolitik ausgenommen worden, um die einheimischen Bauern zu schützen. Die Verhandlungen der Uruguay Runde des GATT dauerten sieben Jahre und fanden 1994 in Marrakesh ihren Abschluß. Damit wurde nun der Agrar- und Nahrungshandel globalisiert und liberalisiert. D.h. die Regierungen, die GATT unterschrieben hatten, hatten keine Möglichkeiten mehr, ausländischen Konzernen den Zugang zu ihrem Markt zu verbieten, um die eigenen Bauern oder Verbraucher zu schützen. Die landwirtschaftliche Produktion hatte nicht mehr länger das Hauptziel, die eigene Bevölkerung mit Nahrung zu versorgen, sondern Handelswaren für den Export – je nach internationaler Marktlage – herzustellen. Die Liberalisierung des Agrar- und Nahrungshandels bedeutet ferner, daß große multinationale Konzerne (TNCs, transnationale companies) ohne Restriktionen auch in anderen Ländern investieren können.

Die GATT-Bestimmungen enthalten u.a. auch die Klausel über die „Trade-Related-Intellectual-Property-Rights“ (TRIPs), also die handelsbezogenen intellektuellen Eigentumsrechte. Hinter diesem Kürzel verbirgt sich vor allem der Versuch der reichen Industrieländer und ihrer TNCs, freien Zugang zu der genetischen Vielfalt der südlichen Tropenländer und zu dem traditionellen Wissen der dortigen Gemeinschaften über Pflanzen, Tiere, Erde, usw. zu bekommen, um dieses Wissen dann zu industrialisieren, zu kommerzialisieren, zu privatisieren und am Ende zu monopolisieren (Shiva 1995). Dies wird möglich gemacht, weil die TRIPs es Forschern und Konzernen im Rahmen von GATT erlauben, bio- oder

von Frauen sein, die sowieso die meiste Arbeit in der unmittelbaren Nahrungsproduktion leisten.

Keine langfristige Nahrungssicherheit ohne ökologischen (nachhaltigen) Ackerbau.

Statt Monokultur und Exportorientierung basierend auf hohen Inputs externer Ressourcen (chemischem Dünger, Pestiziden, Biotechnologie) Förderung der biologischen und kulturellen Diversität, der lokalen Symbiosen, der sich selbst regulierenden Systeme in der Hand lokaler Frauen und Bauern. Förderung des organischen und ökologischen Ackerbaus.

(...)

ProduzentInnen und KonsumentInnen von Nahrung müssen wieder in einen direkten Kontakt miteinander treten können. Das kann durch Direktvermarktung und durch Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften geschehen.

Erhaltung und Wiederaufbau lokaler Marktstrukturen.

Initiativen für solche Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften sind in Deutschland oft von Menschen ausgegangen, die in der Ökologiebewegung, der Anti-Atom-Bewegung oder in der Anti-Gentechnik-Bewegung aktiv sind. Diese Menschen haben eingesehen, daß Nahrungssicherheit nicht von den politisch „Verantwortlichen“ und erst recht nicht vom globalen Supermarkt zu erwarten ist, sondern daß wir VerbraucherInnen sie selbst in Zusammenarbeit mit Ökobauern herstellen können. In Japan wurden solche Kooperativen, die sich Seikatsu Club nennen, vor allem von Hausfrauen gegründet (vgl. Mies/Shiva 1995, S. 342 ff).

Hier sind auch die Frauenmärkte in Westafrika, vor allem in Ghana, zu nennen. Die gesamte Lebensmittelversorgung in Ghana z.B. liegt in der Hand dieser Marktfrauen. Sie sind so mächtig – denn essen müssen alle – daß sie schon mehrere Regierungen zu Fall gebracht haben. Wenn sie den Markt zumachen, geht nichts mehr. Das Wichtigste an diesem Frauenmarkt ist jedoch, daß er zwar die Bevölkerung gut mit Lebensmitteln versorgt, dies aber nicht nach den kapitalistischen Prinzipien der Profitmaximierung tut. Nach der Aussage von Aba Quainoo aus Ghana sind die Marktfrauen nicht dazu zu bewegen, irgendwelche anonymen Produkte auf den Markt zu werfen, nur weil sie von irgendwoher gebracht wurden und billig sind. Die Marktfrauen haben ihre Absprachen mit den Erzeugern und an die halten sie sich. Eine gute Beziehung zu den Bauern – oft auch Frauen – ist ihnen wichtiger als das schnelle Geld. Hier gibt es zwar einen Markt, aber eben keinen kapitalistischen, der auf Akkumulation aus ist. Durch diese Marktfrauen und ihr Festhalten an den Prinzipien einer „moral economy“ (Mies 1994) wurde in Ghana sichergestellt, daß auch in Krisenzeiten die Menschen nicht verhungerten.

gende Thesen formulieren und diese z.T. ergänzen durch Berichte über Initiativen von Frauen weltweit, die sich nicht mehr auf die Versprechungen des Kapitals und seiner politischen Handlanger verlassen wollen. Keine Nahrungssicherheit ohne Selbstversorgung (Self-Sufficiency) und Kontrolle über eigene Ressourcen.

Alle, die sich mit „Food Security“ befassen, sind sich darüber einig, daß das „Recht auf Nahrung“ ein Menschenrecht ist, das dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit entspringt. Ohne Nahrung kein Leben. Jedes Gemeinwesen hat daher die Pflicht, Nahrungssicherheit für seine Mitglieder herzustellen.

Ein „Menschenrecht auf Nahrung“ bleibt jedoch ein hohles Papierpostulat, wie so manche Menschenrechte, wenn es nicht auf ökonomischen, politischen und sozialen Bedingungen beruht, die seine Umsetzung möglich machen. Seit eh und je wurde die Nahrung in jeder geographischen Region der Erde von den dort lebenden Menschen und ihren Gemeinschaften produziert und hing nicht ausschließlich von multinationalen Konzernen und dem Handel ab. Selbstversorgung war bis vor kurzem das wichtigste Ziel nationaler Regierungen im Süden. Nur wenn dieses Ziel im Norden wie im Süden angestrebt wird, kann Überproduktion und Überkonsum im Norden, das Dumping von nördlichen Überschüssen im Süden, die Zerstörung der lokalen Bauersexistenzen verhindert werden. Nahrungssicherheit kann nur erreicht werden, wenn sich lokale Gemeinschaften für die Nahrung verantwortlich fühlen.

Nahrungssicherheit kann daher nicht durch einen globalen, liberalisierten, deregulierten Agrarmarkt hergestellt werden, sondern nur durch dezentrale Ernährungssysteme unter der Kontrolle lokaler Gemeinschaften.

Das bedeutet, zumindest der Agrarsektor muß aus dem Paket der GATT/WTO-Bestimmungen herausgenommen werden. Statt Globalisierung ist der Aufbau regionaler und lokaler Wirtschaften für die Produktion, die Vermarktung und den Konsum von Nahrung anzustreben. Nahrungssicherheit und Nahrungssouveränität kann weder durch riesige private Konzerne, noch durch zentralgesteuerte Staaten garantiert werden. Es gibt keine „globale Nahrungssicherheit“ (vgl. Bernhard, Kaschinski, Spehr 1995).

Nahrungssicherheit und Nahrungssouveränität auf der Basis lokaler bzw. regionaler Wirtschaften und Ernährungssysteme setzt voraus, daß die wichtigsten Ressourcen in der Hand lokaler Bauern, Gemeinschaften und Völker bleiben: Land, Wasser, Artenvielfalt, Saatgut usw. Vor allem noch bestehendes Gemeineigentum darf nicht weiter privatisiert werden.

Entfremdung von Land für die Produktion von Exportprodukten für den Weltmarkt muß gestoppt werden. Keine lokale Nahrungssicherheit ohne Sicherheit des Landes für die Bauern. Land muß weit mehr als bisher auch in der Hand

gentechnisch manipulierte Pflanzen und Tiere zu patentieren. Die Patentierung von Lebensformen war bis vor kurzem noch nicht möglich. Die Folgen für die einheimischen Bauern und Kleinproduzenten wurden in den letzten Jahren u.a. von der indischen Bauernbewegung gegen GATT und die Patentierung der Produkte des Neem-Baumes deutlich gemacht. Produkte des Neem-Baumes werden seit Jahrtausenden in Indien zur Desinfektion und Schädlingsbekämpfung verwandt. Das Wissen um die Qualitäten von Neem sind Allgemeingut – Allmende. Als der Amerikaner Larson das Patent auf alle Neem-Produkte erwarb und an die Firma W.R. Grace verkaufte, hatte er nichts Neues erfunden, sondern sich nur das uralte Wissen der indischen Bauern privat angeeignet und vermarktet. Hinfort müssen nun die Inder, die Neemprodukte herstellen wollen, Lizenzgebühren an Larson und W.R. Grace zahlen. Vandana Shiva und Jeremy Rifkin haben mit Erfolg beim US-Patent-Amt gegen diese Bio-Piraterie geklagt. (BIJA Nr. 15/16 1996 S. 32) Ähnliche Prozesse laufen bereits auf dem Saatgutsektor ab, wo große TNCs versuchen, weltweit die Kontrolle über Saatgut und allen pflanzengenetischen Ressourcen in ihre Hände zu bekommen. Nach dem Abschluß der GATT-Verhandlungen wurde das ganze Regelwerk im Januar 1995 in die World Trade Organisation (WTO) überführt, die nun den Welthandel von Genf aus nach den oben beschriebenen Freihandelsprinzipien regelt. (...)

Die FAO versucht ausdrücklich, das Ziel der universalen Nahrungssicherheit in diesem Rahmen von GATT/WTO zu erreichen. Ich halte es für einen Holzweg, Nahrungssicherheit ausgerechnet von den Institutionen, Interessen und theoretischen Grundannahmen zu erwarten. Universale Nahrungssicherheit ist unmöglich in einer globalen Marktwirtschaft, die auf der weltweiten Liberalisierung und Deregulierung des Agrar- und Nahrungshandels und auf den neoliberalen Dogmen der komparativen Kostenvorteile, der universalen Konkurrenz, der Profitmaximierung und des permanenten Wachstums beruht.

Sehen wir uns zunächst einmal an, welche Folgen diese neoliberalen und globale Handelsdoktrin bisher für die Armen der Welt hatte. Diese sind, wie bekannt, in der Mehrzahl weiblichen Geschlechts. Die Auswirkungen der Globalisierung auf Frauen im Süden und Norden sind verschiedentlich analysiert und kritisiert worden. So schreibt Veronika Bennholdt-Thomsen, daß nicht nur 70% der Armen der Welt Frauen sind, sondern daß die neoliberalen Entwicklung auch in Deutschland zu einer Zunahme weiblicher Armut geführt hat (Bennholdt-Thomsen 1996 a). Was heißt das für Nahrungssicherheit?

Die globale Freihandelsdoktrin basiert vor allem auf der von David Ricardo entwickelten Theorie der komparativen Kostenvorteile. Diese Theorie besagt, daß Güter dort produziert werden sollen, wo die natürlichen Bedingungen am günstigsten und die Produktionskosten am geringsten sind. Z.B. sollten die Portugiesen Wein und nicht Textilien produzieren und Engländer Textilien und

nicht Wein. Beide Länder könnten dann vom Handel mit diesen Gütern profitieren. Angewandt auf den Handel mit Agrarprodukten und Nahrung im Rahmen von GATT/WTO bedeutet diese Doktrin heute, daß Nahrung dort produziert wird, wo die Löhne am niedrigsten sind – und wo die Umweltgesetzgebung am laxesten ist. Außerdem bedeutet es, daß die Bauern nicht mehr für die Versorgung der eigenen Bevölkerung produzieren, sondern Produkte für einen externen Markt herstellen, wo höhere Gewinne winken. So wird z.B. in Indien fruchtbare Reisland entlang der Ostküste inzwischen von internationalen Firmen gepachtet oder gekauft, um dort Garnelenfarmen anzulegen. Die Garnelen werden exportiert nach Europa, Japan und die USA und sind inzwischen billig in unseren Supermärkten zu kaufen. Zur Anlage der Garnelen-Bassins muß Meerwasser auf das Land gepumpt werden, was sowohl dieses Land als auch das Trinkwasser versalzt. Zwischen 1990 und 1994 ist der indische Export landwirtschaftlicher Produkte von 1 Billion Rupies auf 12 Billionen Rupies gestiegen. Davon entfielen 2 Billionen Rupies auf den Export von Garnelen.

Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Kosten dieses „Wachstums“ tragen jedoch, wie Vandana Shiva nachweist, die lokalen Gemeinschaften, vor allem die Frauen. Während die Garnelenexporte in den nationalen und globalen Wachstumsstatistiken auftauchen, bleibt die Zerstörung der Grundlagen der lokalen Nahrungs- und Trinkwasserversorgung unerwähnt. Vor allem die Frauen der Fischer- und Bauerndörfer, die seit eh und je von Reis und Fischen gelebt haben, sehen sich nun ihrer Nahrungsgrundlage beraubt. Sie sind diejenigen, die am aktivsten gegen diese Garnelen-Farmen protestieren. Vandana Shiva zitiert Govindamma aus dem Dorf Kurru:

„Zuerst haben sie uns von der Meeresküste vertrieben und wir mußten uns Arbeit auf dem Land suchen. Jetzt bauen sie diese Garnelen-Farmen auf dem Reisland. Dort verlieren wir nun auch unsere Arbeit. Wo sollen wir unser Einkommen verdienen?“
(*cit. v. Shiva 1995c, S. 14*)

Die intensive Garnelenzucht für den Export findet vor allem in den Delta Gebieten der Ostküste Indiens statt, die besonders für den Reisanbau geeignet sind. Heute ist diese Grundlage für lokale Selbstversorgung zerstört. Der finanzielle Zugewinn, der durch den Export von Garnelen entsteht, kann diesen Verlust niemals kompensieren, denn 1. wird er vor allem privat – vor allem von den ausländischen und inländischen Konzernen angeeignet, 2. ist der Lohn der wenigen Leute, die in dieser Industrie Arbeit finden, so gering, daß er kaum Nahrungssicherheit im Sinne der FAO gewährleisten kann. Diese billigen Löhne gehören eben zu den komparativen Kostenvorteilen für die Garnelen-Firmen, denn

soll sie in einem globalen Markt, in dem die Mehrzahl der Menschen arm und machtlos sind, verwirklicht werden? In beiden Teilen der Welt – im Norden und im Süden – sind die Gemeinschaften der Kontrolle über ihre eigenen Ressourcen Land, Wasser, Artenvielfalt usw. beraubt worden. Die Politik des internationalen Kapitals zielt darauf ab, alle Menschen der Welt im Norden und im Süden, in bezug auf ihre Nahrung zu abhängigen KonsumentInnen zu machen und die letzten noch bestehenden Reste von Subsistenzwirtschaft und Selbstversorgung zu zerstören. Die Nahrungssicherheit soll nicht mehr in der Hand lokaler Gemeinschaften, in der Hand von Bauern und Frauen liegen, sondern in der Hand mächtiger multinationaler Konzerne, die von keiner demokratisch gewählten Regierung mehr kontrolliert werden können. Wenn dieser Prozeß gelingt, dann ist die Folge nicht nur Hunger in der Dritten Welt, sondern dann sind auch die VerbraucherInnen im Norden auf Gedeih und Verderb den Multis ausgeliefert, die nicht nur die Lebensmittelpreise nach Belieben und in die Höhe treiben können, sondern die uns auch, gegen unseren Willen, transgene Nahrung aufzwingen, deren Risiken für uns, unsere Kinder, die Natur sie weder kennen, noch kontrollieren können.

Wenn Frauen und Männer, im Norden wie im Süden, Nahrungssicherheit für alle, und zwar in einem qualitativen wie in einem quantitativen Sinn erhalten und fördern wollen, dann müssen sie die Politik der Globalisierung und Liberalisierung der Agrarmärkte, die Politik der Industrialisierung der Nahrungsproduktion, die Gentechnik in der Landwirtschaft und die Novel Food Politik zurückweisen.

Nahrungssicherheit für alle kann nur dann gewährleistet werden, wenn Menschen sich im Rahmen lokaler und regionaler Ökonomien sowohl als ProduzentInnen wie als KonsumentInnen verantwortlich fühlen für die Erhaltung und Regenerierbarkeit des Landes, des Wassers und anderer vitaler Ressourcen, verantwortlich für Quantität, Qualität, Verteilung und Konsum von Nahrung. Wo Suffizienz und Selbstversorgung und nicht Profitmaximierung und Wirtschaftswachstum Hauptziel des Wirtschaftens sind, werden die Menschen die biologische und kulturelle Vielfalt und damit Nahrungssicherheit für alle erhalten.

5. Es gibt eine Alternative

Nach dem Vorhergegangenen ist klar, daß universale Nahrungssicherheit, wie sie die FAO auf dem Welternährungsgipfel in Rom anstrebt, im Rahmen der gegebenen Weltwirtschaftsordnung nicht zu realisieren ist. Die Frage erhebt sich, ist sie überhaupt zu realisieren und wie müßte eine polit-ökonomische Ordnung aussehen, die dies möglich mache. Dazu möchte ich einige grundle-

Daß es der Gen- und Bioindustrie keinesfalls um die Befriedigung tatsächlicher menschlicher Bedürfnisse und um Verbraucherschutz geht, wird deutlich, wenn man den Run auf Patente auf gentechnisch manipulierte Lebensformen betrachtet. Wie schon erwähnt, wird die Konkurrenz um Patente für sogenannte biotechnologische Erfindungen durch die TRIPs der GATT-Verträge ungeheuer angeheizt. In den Ländern des Südens wirkt sich dieser Konkurrenzkampf der Bio-Konzerne um genetische Ressourcen als glatte Piraterie und Raub aus, Raub an der indigenen Artenvielfalt, der Kultur und dem traditionellen Wissen und der ökonomischen Unabhängigkeit von Völkern und Gemeinschaften (BIJA No 15-16 1995 S. 25ff).

Für die VerbraucherInnen des Nordens, denen dieses gentechnisch aus verschiedenen Bestandteilen transgener Pflanzen und Tiere zusammenkombinierte „Novel Food“ serviert wird, ist die Gen-Manipulierung von Pflanzen und Tieren geradezu lebensgefährlich. Wie vor kurzem bekannt wurde, führt die gentechnische Kombination von Soja und Paranüssen bei bestimmten Personen zu plötzlichen Allergie-Schocks. Außerdem warnen Wissenschaftler davor, daß neue transgene Pflanzen und Tiere die neuen in sie hineinkombinierten Eigenschaften an die Wildsorten der Umgebung weitergeben können – wie kürzlich mit dem herbizidresistenten Raps geschehen.

Wie die Biologin Dr. Mac-Wan Ho schreibt, ist gentechnisch hergestellte Nahrung in keiner Weise sicher. Bestimmte genetisch eingebaute Resistenzen wie die gegen Antibiotika oder bestimmte Viren können sich mit anderen Viren und Bakterien verbinden und können nicht mehr kontrolliert werden. Transgene Nahrung stellt ihrer Meinung nach eine drastische Gefährdung der Ökologie und der öffentlichen Gesundheit dar (Dr. Mac-Wan Ho, Vortrag beim National Council of Women of Great Britain Symposium on Food, 22. März 1996, abgedruckt in BIJA, No 15-16 1996 S. 24).

Und dennoch steht bei der EU derzeit die „Novel Food“-Verordnung zur Genehmigung an, die uns solche transgene Nahrung aufzwingen will.

(...)

Viele Menschen in Deutschland haben ihre Nahrung nach dem BSE-Skandal und aus Protest gegen Massentierhaltung auf vegetarische Kost umgestellt. Statt Fleisch essen sie Soja-Produkte wie Tofu. Nachdem nun auch Soja von den Multis gentechnisch manipuliert worden ist, sitzen die umweltbewußten VerbraucherInnen praktisch in einer Doppelfalle, die die Agrarmultis und die EU aufgestellt haben: entweder Fleisch aus Massentierhaltung oder gentechnische Industrienahrung. Wo bleibt die Nahrungssouveränität?

Die Beispiele BSE und Gentechnik in der Nahrung zeigen auf, daß Nahrungssicherheit in einem qualitativen Sinn nicht einmal in einem regionalen Wirtschaftsblock wie der EU – einer „reichen“ Region – zu realisieren ist. Wie

sonst könnten sie ihre Anlagen auch an deutschen oder japanischen Küsten etablieren.

Außerdem werden mehr Arbeitsplätze durch diese Industrie vernichtet als neu geschaffen werden. Und es ist bekannt, daß diese Garnelen-Farmen nur kurze Zeit „produktiv“ arbeiten können, dann werden die Tiere krank und die Firmen müssen sich neue Küstengebiete suchen. Zu den komparativen Kostenvorteilen gehört auch Kinderarbeit, wie das Video „The Violence of the Blue Revolution“ belegt.

Das Beispiel der Garnelenproduktion könnte ergänzt werden durch die Blumen- und Erdbeerproduktion für den Export in West-Indien, wo Land, das bisher für die eigene Nahrungsproduktion zur Verfügung stand, nun für Luxusprodukte verwandt wird, für die bereits übersättigten KonsumentInnen in den Ländern mit hoher Kaufkraft.

Die Doktrin der komparativen Kostenvorteile wurde entwickelt, als die Mobilität von Arbeit und Kapital noch durch nationale Grenzen beschränkt war. David Ricardo hat klar gesagt, daß das Kapital absolute und nicht komparative Vorteile suchen würde, wenn es sich frei über alle Grenzen bewegen könnte. Dann haben die nationalen Regierungen und Parlamente keine Möglichkeit mehr zu verhindern, daß das Kapital statt komparative Vorteile absolute Vorteile sucht. Heute ist dieser Zustand erreicht.

Und dies geht letztlich auf Kosten der Natur, der Armen, der Kinder und der Frauen. Die Suche nach absolutem Vorteil im Agrar- und Nahrungssektor bedeutet für arme Länder des Südens, daß das Überleben der Bauern und die Nahrungssicherheit der Armen geopfert wird für die Wachstumsinteressen des Kapitals. In Indien, schreibt Vandana Shiva, wurden durch diese exportorientierte Politik die Preise für Reis und Weizen erhöht. Gleichzeitig wurden die armen Bauern in armen Regionen durch den Import von Hirse ihres eigenen Marktes beraubt (Shiva 1995c S. 13).

(...)

Wie soll auf diesem Hintergrund Nahrungssicherheit für alle, vor allem für die ökonomisch Schwächsten, die armen Frauen und Kinder, hergestellt werden? In bezug auf Indien schreibt Vandana Shiva:

„Wenn Nahrung, so wie es die Liberalisierung des Handels verlangt, nur noch zu Weltmarktpreisen erhältlich ist, ist Hunger die einzige Gewißheit für die Mehrzahl der Armen, die nicht einmal vor den ökonomischen Reformen genug zu essen hatten ...“ (Shiva 1995c S. 15, vgl. auch Dillen u. Weber 1995).

4. Frauen als Konsumentinnen im Norden

In vielen Ländern des Südens sind – wie in Indien – große Widerstandsbe wegungen von Bauern, indigenen Völkern und anderen marginalisierten Gruppen gegen die neoliberalen Freihandelspolitik im Agrar- und Nahrungssektor entstanden. In vielen dieser Bewegungen spielen Frauen eine entscheidende Rolle. Wie Beispiele aus Indien, Bangladesh, Brasilien zeigen, sind Frauen nicht mehr bereit, die Mythen zu akzeptieren, die die Vertreter des kapitalistischen Patriarchats weltweit verbreiten, nämlich:

- daß der wachsende Bevölkerungsdruck die Ursache von Armut, Hunger und Umweltzerstörung sei;
- daß es nicht genug Land für die Nahrungsproduktion gebe;
- daß nur ökonomisches Wachstum den Hunger beseitigen könne;
- daß nur internationaler Handel mit Agrarprodukten Nahrungssicherheit herstellen könne, nicht aber Eigenproduktion, Selbstversorgung und lokale Märkte;
- daß Urbanisierung und Landflucht quasi ein Naturgesetz seien und nicht eine Folge eben jener Zerstörung der ökonomischen und ökologischen Grundlagen auf dem Land;
- daß Bio- und Gentechnologie den Schlüssel für mehr Nahrungsproduktion und damit mehr Nahrungssicherheit bringen könnten;
- daß die weltweiten Probleme von Frauen, besonders der armen, durch mehr Partizipation in diesem strukturell natur- und menschenfeindlichen Wirtschaftssystem zu lösen seien.

Auf der Weltfrauenkonferenz in Beijing wurde von Frauen aus dem Süden, besonders von Landfrauen, dieser Globalisierungspolitik eine klare Absage erteilt. Diese Frauen erkannten, daß sie vor allem die Lasten dieser Produktions- und Konsumsweise zu tragen hatten, daß sie zwar Luxusprodukte für VerbraucherInnen in den reichen Industrieländern herstellen, immer länger und härter arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt sichern zu können, daß sich der Staat außerdem unter dem Druck der Strukturanpassungsprogramme aus seiner Verantwortung für die Armen, besonders die Frauen herauszieht, und daß sie dafür nichts als leere Versprechungen über moderne Konsumgüter wie Autos, Fernseher, Waschmaschinen bekommen. Kerstin Lanje zitiert eine Frau aus dem Süden, die ihre Ablehnung dieses Konsummodells ausdrückte:

„All what we get is shit, we don't want it“. (Lanje 1995 S. 17)

sen, was sie essen. Sie wenden sich spontan vom Freihandel ab und praktizieren einen neuen direkten Protektionismus.

4.2 Essen aus dem Gen-Labor

Diese Situation des Zwangskonsums wird noch deutlicher, wenn man die Debatten und Entscheidungsprozesse um die Gentechnik in der Landwirtschaft und in der Nahrungsproduktion verfolgt.

Die Gentechnik in der Landwirtschaft wird als die Zukunftstechnologie zur Lösung des Hungerproblems in der Dritten Welt propagiert. Obwohl inzwischen längst bekannt ist, daß die 1. Grüne Revolution ein Betrug war und die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hat, wird die Gen- und Biotechnologie in den Vorbereitungspapieren für den WEG kühn als die 2. Grüne Revolution angepriesen. Grundsätzlich ist dem zu entgegnen, daß Hunger und Unterernährung in der Welt keine Folge eines technologischen Mangels sind, sondern auf einer Natur- und Menschen ausbeutenden kolonialen und patriarchalen Wirtschaftsweise beruhen, die die einen beraubt, damit die anderen akkumulieren können (s.o.). Doch selbst wenn wir von den Nahrungsproblemen im Süden absehen, bleibt zu fragen, warum die Nahrung in den übersattten Ländern des Nordens gentechnisch manipuliert werden muß.

Wozu brauchen wir das alles. Die weitaus größte Mehrzahl der Menschen – 80% – in der Bundesrepublik sind gegen Essen aus dem Genlabor. Einmal, weil die Langzeitfolgen dieser genetischen Manipulation von Pflanzen und Tieren unbekannt sind, zum anderen, weil mit dieser Technologie in keiner Weise mehr festzustellen ist, wo welche Bestandteile unserer Nahrung hergestellt werden, weil viele Menschen prinzipiell gegen solch tiefgreifende Veränderungen der Natur sind und vor allem, weil sie nicht einsehen, daß wir solche Nahrung brauchen.

In einem „freien Markt“ würde man erwarten, daß solche Argumente beachtet würden, daß das, was die VerbraucherInnen nicht wollen, nicht hergestellt wird. Anders in der EU. Die EU-Kommission hat bereits eine Reihe gentechnisch manipulierter Produkte für den europäischen Markt zugelassen und weigert sich bis heute, diese Produkte wenigstens zu kennzeichnen. Die Industrie fürchtet, daß diese Produkte dann boykottiert werden könnten. Und die politischen Vertreter der europäischen Regierungen in Brüssel, besonders die EU-Kommission, stehen bei diesem Interessenskonflikt auf der Seite der Industrie. Die Interessen der Verbraucher – ihre Bürger- und Menschenrechte auf Selbstbestimmung, Wahlrecht, ethische Entscheidungsfähigkeit und Nahrungssicherheit werden auf dem Altar der Profitmaximierung geopfert.

Jetzt wird deutlich, daß nationale Regierungen innerhalb regionaler Wirtschaftsblöcke wie der EU faktisch machtlos sind gegenüber den global und transnational operierenden Nahrungskonzernen, die Milch, Fleisch, Gemüse, Obst usw. aus ganz Europa und weltweit zusammenkaufen, zu Handelsnahrung verarbeiten und vermarkten. Da der Agrarhandel liberalisiert und internationale wurde, besonders in der EU, hat die Bundesregierung z.B. keine Möglichkeit mehr, ihre Grenzen für Rindfleisch aus England dicht zu machen, sobald die Europäische Kommission in Brüssel grünes Licht gibt und das Embargo für britisches Rindfleisch aufhebt. Nach den Regeln des Freihandels darf es keinen Protektionismus in der EU geben.

Am BSE Skandal wird nicht nur der Wahnsinn einer industrialisierten, die Grenzen der Natur mißachtenden, auf bloße Profitmacherei reduzierten Landwirtschaft und Tierhaltung deutlich, sondern auch der Wahnsinn der modernen Wissenschaft, die stets versichert, sie hätte alles unter Kontrolle. Und die dann, wenn so etwas wie BSE passiert, nichts anderes empfehlen kann als Massenvernichtung von rund 150 000 Rindern in England (FR. 3.7.1996), ein Holocaust unter Massen von Tieren, die erst durch die kapitalistische, expansive Landwirtschaft entstanden sind. Es ist der physische und moralische Ekel vor so viel geballtem Wahnsinn, der den Menschen den Appetit auf Rindfleisch oder gar Fleisch verdirbt. Was aber bisher noch nicht diskutiert wird, ist die Tatsache, daß solche Skandale wie BES in einer globalisierten und liberalisierten Wirtschaft vorprogrammiert sind. Kein Landwirtschaftsminister, kein EU-Kommissar, kein FAO-Experte, kein Wissenschaftler kann den VerbraucherInnen, selbst den kaufkräftigsten, in Zukunft noch garantieren, daß ihre Nahrung noch sicher ist.

Die VerbraucherInnen stehen vor der Situation, daß ihr Interesse an Nahrungssicherheit von den „verantwortlichen“ Politikern in ihren eigenen Ländern und in Brüssel nicht mehr geschützt werden kann, trotz besten Willens. Die wirtschaftlichen und politischen Strukturen sind so, daß die VerbraucherInnen zu ZwangskonsumentInnen gemacht werden. Sie müssen essen, was die multinationalen Konzerne auf ihren Tisch bringen und was die EU-Kommission zugelassen hat. Einen politischen Einfluß auf die Entscheidungen der EU haben sie kaum und die Alternative, Nahrung zu kaufen, die naturbelassen ist und aus der eigenen Region stammt, gibt es nach der Liquidierung der Kleinbauern fast nicht mehr. Selbstbestimmung in bezug auf Nahrung und Nahrungssouveränität sind in dieser Situation praktisch aufgehoben. Die VerbraucherInnen reagieren auf diese faktische Enteignung ihrer Nahrungssouveränität auf die einzige vernünftige Weise, nämlich dadurch, daß sie Rindfleisch entweder total boykottieren oder, daß sie direkte Beziehungen zu Bauern in der Umgebung herstellen, son denen sie wissen, daß sie naturgemäß arbeiten. Die Menschen wollen wis-

Ähnlich äußerten sich arme Frauen auf einem von Meoma Viezzer organisierten Workshop in Rio, der 1992 im Zusammenhang der UNCED stattfand. Nachdem diese Gummizapferinnen, Fischerinnen, Babacu-Nuß-Zerkleinerinnen, Kleinbauerinnen, Landarbeiterinnen, städtische Kleinerzeugerinnen sich gegenseitig mitgeteilt hatten, was, wie und wofür sie arbeiten, stellten sie gemeinsam fest, daß sie einen ungeheuren Reichtum produzieren, daß sie und ihre Kinder davon nichts haben, daß sie, im Gegenteil, durch die moderne Entwicklung immer ärmer geworden waren, daß ihre Umwelt zerstört wurde, und daß auch die Flucht in die Städte ihnen nur weiteres Elend beschert.

Deshalb erklärten sie kategorisch:

„Sie (die Frauen) bewegen die Wirtschaft, sind aber nicht anerkannt; sie produzieren im Einklang mit den Naturzyklen, werden jedoch vom Land vertrieben, Frauen erhalten ihre Stimme, weil sie dieses Bild verändern wollen.

Ein Basta dem Wirtschaftsmodell!“ (aus: Rundbrief Subsistenzperspektive Nr. 5, April 1994, ITPS, Bielefeld, Am Zwinger 16.)

In Brasilien, wie auf der Weltfrauenkonferenz in Beijing, forderten diese Frauen den Erhalt und die Rückkehr zur Subsistenzproduktion, d.h. die Produktion für den eigenen Bedarf und für lokale Märkte anstatt für einen anonymen Weltmarkt (Lanje 1995 S. 17). In Rio schlugen sie sogar direkte neue Tauschbeziehungen unter den verschiedenen Produzentinnen vor.

Wie aber ist es mit den Frauen im Norden? In den vergangenen Jahren habe ich viele Vorträge vor Frauen und Männern über GATT, TRIPs, Patentierung von Leben usw. gehalten. Dabei habe ich auch über die Widerstandsbewegungen im Süden gesprochen. Immer wieder mußte ich feststellen, daß hierzulande das Wissen über GATT/WTO und die weltweite Politik der Globalisierung und Liberalisierung kaum vorhanden war. Das Bauernsterben in der EU, besonders in Deutschland, hat die städtischen KonsumentInnen kaum interessiert, denn die Supermärkte wurden voller und voller von relativ billigen Nahrungsmitteln aus aller Herren Länder. Die Fast-Food-Ketten und die moderne Technologie erleichterten vielen Frauen die Kocharbeit, so daß sie Erwerbsarbeit und Hausarbeit eher kombinieren können. Kein Wunder, daß viele daher die Propaganda der Politiker und Wirtschaftsbosse für bare Münze nehmen und glauben, daß die Globalisierung des Agrarhandels alle Lebensmittel billiger machen würde und daher eine gute Sache sei. Doch nicht nur die Industrie und ihre politischen Interessenvertreter propagieren die Globalisierung, sondern auch die vom Norden dominierte Internationale Organisation von Konsumenten – Vereinigungen, die bei den Verhandlungen über Nahrungssicherheit die Interessen verbraucherInnen vertreten, haben die Liberalisierung und Globalisierung des Agrarhan-

dels begrüßt, weil dies den KonsumentInnen billigere Lebensmittel bringen würde (Shiva 1995, S. 13). (...)

Die Frage, die sich heute deutlicher denn je stellt, ist aber nach einer möglichen Interessensharmonie – oder zumindest – Annäherung zwischen Frauen im Norden und Frauen im Süden, zwischen Konsumentinnen und Produzentinnen von Nahrung. Es ist klar, daß die GLP-Politik eine tiefe Spaltung, einen tiefen strukturellen Interessenskonflikt zwischen diesen beiden Kategorien von Frauen aufreißt: Die einen, die Konsumentinnen in den reichen Ländern bekommen billigere Nahrung, während der Mehrzahl der Frauen in den armen Ländern die Lebensgrundlage entzogen wird. Kein Wunder also, könnte man sagen, daß Frauen im Norden kaum gegen diese Globalisierungspolitik protestieren. Sie scheint doch in ihrem Interesse zu sein.

Ist sie es wirklich? Ist das Bild, das uns Wirtschaftler, Politiker und die internationalen Institutionen wie WB/IMF, GATT/WTO, UNO vorgaukeln wirklichkeitsgetreu und erfaßt es alle Dimensionen unserer Wirklichkeit? Sehen wir etwas genauer hin.

Natürlich verhungern im Norden nicht so viele Menschen wie im Süden – doch wie ist es mit der Nahrungssicherheit der KonsumentInnen in den reichen Ländern und Klassen bestellt? Wenn wir einmal absehen von der polarisierten Struktur des Welthandels, die den einen Überkonsum und Überfettung beschert, weil sie anderen das Lebensnotwendige wegnimmt, wenn wir uns nur einmal fragen, ob Nahrungssicherheit, qualitativ verstanden, denn wenigstens in den reichen Ländern erreicht wurde, dann stellen wir fest, daß selbst diejenigen, die oberflächlich gesprochen, zu den GewinnerInnen dieser kolonialen Ausbeutungswirtschaft gehören, im Endeffekt auch VerliererInnen sind.

Hier meine ich nicht nur die Tatsache, daß Überkonsum zu Gesundheitsschäden aller Art führt, sondern spezieller die Frage nach der Qualität der Nahrung, die wir in unseren Supermärkten vorfinden. Können die Hausfrauen in den reichen Ländern und Klassen heute noch garantieren, daß sie ihren Familien gesunde Nahrung auf den Tisch stellen? Wissen sie überhaupt noch, *was* in der Nahrung, die sie kaufen, alles enthalten ist? Wissen sie, wo und unter welchen Umständen die Nahrung hergestellt wurde? Sie haben zwar die Wahl unter tausend schön verpackten Produkten aus dem globalen Supermarkt, aber Nahrungssicherheit in einem qualitativen Sinn, oder im Sinne des Menschenrechts, daß wir wissen wollen, was wir essen, haben sie nicht. Dieses wird besonders deutlich am BSE-Skandal und an der Frage der Gentechnik in der Nahrung.

4.1 Rinderwahnsinn oder Wirtschaftswahnsinn?

Die Fernseh- und Presseberichte über den Zusammenhang zwischen der Rinderseuche BSE (Bovine Spongiform Encephalopathy) der Verfütterung von Tiermehl aus Schafskadavern von Tieren, die an Scrapies erkrankt waren an Rinder und der Creuzfeldt-Jakob-Krankheit bei Menschen, haben den VerbraucherInnen in der EU schlagartig Verschiedenes klargemacht:

Die moderne industrielle Massentierzucht, die keine Artengrenzen respektiert und aus Pflanzenfressern Kannibalen macht, ist Wahnsinn.

Die Beteuerungen der Wissenschaftler, sie hätten alles unter Kontrolle, die Schafskrankheit Scrapies könne nicht auf Kühe und BSE könne nicht von Rindern auf Menschen übertragen werden, sind bloße Beschwichtigungen.

Die wirtschaftlichen Interessen der englischen Rindfleisch-Industrie, die vom Rindfleisch-Export lebt, vor allem im die EU, hat die politisch Verantwortlichen Englands veranlaßt, die inzwischen wissenschaftlich erwiesenen Zusammenhänge zwischen BSE und CJK zu verschweigen, zu vertuschen, ihre Bekanntgabe zu verzögern. Der Markt war ihnen wichtiger als die Nahrungssicherheit der VerbraucherInnen. Also – auch die Politiker folgen demselben Wahnsinn.

Diese Erkenntnisse waren bei Millionen von Menschen in der EU sofort da, aber sie fanden bislang noch keinen adequaten politischen Ausdruck. Als im Frühjahr 1996 die ersten Bilder über das Zermahlen von Schafs- und anderen Kadavern über die Bildschirme flimmerten, verging jedoch vielen Menschen in Deutschland der Appetit auf Rindfleisch. Die Wut über der Betrug durch die englischen Politiker und die Eurokästen in Brüssel äußerte sich zunächst in einem Boykott britischen oder ausländischen Rindfleischs. Innerhalb von zwei Tagen nach Bekanntwerden des BSE-Skandals sank der Rindfleischkonsum in Deutschland um 60%. Der Anteil von Rindfleisch am Fleischverzehr der Deutschen sank von 24% im Februar auf 17% im Mai, eine eindeutige Reaktion auf BSE (FR. 8.8.1996). An allen Metzgerläden und Steak-Restaurants sind Hinweise zu lesen, wie: „Rindfleisch garantiert aus deutschen Landen.“

(...)

Inzwischen haben die Wissenschaftler weitere Zusammenhänge über die Übertragung von BSE von Mutterkühen auf Kälber – eventuell über die Milch entdeckt. Was sofort die Angst auslöste, auch Milchprodukte könnten CJK auslösen. Der deutsche Landwirtschaftsminister versucht zwar, die VerbraucherInnen zu beruhigen: Deutsche Milchprodukte seien garantiert BSE-frei. Aber wer kann sich bei der Frage der qualitativen Nahrungssicherheit noch auf die Aussagen von nationalen Ministern verlassen?